

Kommentar

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **54 (1974-1975)**

Heft 4

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

AN DER SCHWELLE DES EIDGENÖSSISCHEN WAHLJAHRES

In den Vereinigten Staaten von Amerika pflegt man einen Präsidenten, dessen letzte Amtszeit ausläuft, als «lahme Ente» zu bezeichnen, weil seine Autorität aus naheliegenden Gründen zu schwinden beginnt, je näher sein letzter Amtstag heranrückt. Vom schweizerischen Parlament lässt sich dies nicht behaupten. Es ist im Vorfeld von Wahlen im Gegenteil so, dass sich selbst schwerfälligere politische Vögel recht beschwingt zu geben pflegen, wenn der Wahltag – der ja in der Demokratie bekanntlich Zahltag ist – am Horizont erscheint. Die parlamentarischen Vorstösse beginnen sich noch mehr als üblich zu häufen. In den Ratsberichten erscheinen plötzlich Redner, die sonst eher zur Haltung jenes währschaften Appenzeller Magistraten neigen, der seine fehlende Präsenz am Rednerpult unter der Bundeskuppel jeweils damit rechtfertigte, dass es auch solche geben müsse, die «richtig stimmen».

Diese erhöhte Aktivität in Vorwahljahren gibt normalerweise einen recht konkreten Vorgeschmack von den thematischen Schwerpunkten der späteren Wahlkampagne. Noch ist es zwar verfrüht, eine Zwischenbilanz in diesem Sinne ziehen zu wollen. Einige Vorboten aber lassen sich doch bereits ziemlich deutlich fassen. Es sind im wesentlichen zwei einigermaßen sachbezogene Themenbereiche, die im Vordergrund stehen: die Inflation und ihre Folgen einerseits und die Wachstumsproblematik andererseits. Dazu kommen bestimmte

ideologische Akzentuierungen vor allem auf der linken Seite des Parteispektrums.

Sozialpolitik zwischen objektiven Bedürfnissen und wahltaktischen Manövern

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass die Geldentwertung ein wesentlich auslösendes Element für die gesteigerte politische Aktivität im sozialen und finanziellen Bereich darstellt. In der Sozialpolitik sind zwar gewichtige Entscheide bereits gefallen: Massive Verbesserung der AHV, parlamentarische Bereinigung der Kranken- und Unfallversicherung. Doch scheint die Versuchung, immer neue Postulate zu lancieren, für viele Politiker und Parteien unwiderstehlich zu sein. Sie können dabei immer auf offene Ohren rechnen; denn in der Tat sind in Zeiten extremer Inflation die Rentner ganz besonders exponiert, und auch vorübergehend Bedürftige haben es schwerer als zu Zeiten mit stabileren Geldverhältnissen.

Darüber hinaus liegt in einer Phase der Überkonjunktur der Gedanke besonders nahe, unter dem Motto «Wann denn, wenn nicht jetzt?» sozialpolitisch mit der grossen Kelle anzurichten. So verständlich dieser Trend ist, so kurzfristig kann er sich auf die Dauer erweisen, wenn neue soziale Errungenschaften nicht sorgfältig in den grösseren Zusammenhang der Finanz- und

Wirtschaftspolitik hineingestellt werden. Diese Gesamtschau fällt den Parlamentariern im allgemeinen schon unter normalen Umständen nicht allzu leicht; im Vorfeld von Wahlen wird sie meist überhaupt vertagt. Dabei hätten wir allen Grund, hier wesentlich hellhöriger zu werden. Eingehende Untersuchungen haben ergeben, dass bei gleichbleibendem Trend bis zum Jahre 1985 mit einer Gesamtbelastung für die soziale Sicherheit zwischen 41,8 und 54,2 Prozent des Erwerbseinkommens zu rechnen sein wird, wenn man die durch Steuern und Abgaben finanzierten Beiträge der öffentlichen Hand mit einbezieht. Dass solche Belastungen nicht spurlos an der Wirtschaft vorbeigehen werden, liegt auf der Hand. Man muss sich allen Ernstes fragen, ob längerfristig nicht die Wirtschaftskraft selbst und damit auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit entscheidend leiden wird. Diese Frage drängt sich um so mehr auf, als sich ähnliche Entwicklungen zur Überlastung auch im finanz- und steuerpolitischen Bereich abzeichnen.

Finanzpolitik im Zeichen der Finanzklemme und der Reichtumssteuer-Welle

Die gegenwärtige Situation ist charakterisiert durch eine Flut von Bestrebungen, die höheren Einkommen sehr viel stärker als bisher zur Kasse zu bitten. Eine der Initialzündungen dazu liegt ebenfalls in der Inflation. Denn die Geldentwertung hat unter anderem zur Folge, dass der Steuerzahler allein aufgrund des regelmässigen Teuerungs- ausgleichs bei gleichbleibendem Real-

einkommen innert kurzer Zeit in eine sehr viel höhere Progressionsstufe hineingerät. Das ist ein Effekt, der nicht in der Absicht des Gesetzgebers liegt. Diese zwangsläufige steuerliche Mehrbelastung löst in der Bevölkerung denn auch entsprechenden Unmut aus.

Die finanzpolitische Schwierigkeit besteht nun darin, dass hier nach den Grundsätzen der Steuergerechtigkeit Abhilfe geschaffen werden sollte, dass es sich der Staat im Zeitalter wachsender Finanzklemmen aber nicht leisten kann, einen entsprechenden Steuer- ausfall einfach in Kauf zu nehmen. Es muss deshalb ein gewisser Ausgleich gesucht werden, der normalerweise darin besteht, dass man die Progression bei den höheren Einkommensklassen verschärft. In welchem Ausmass dies geschehen soll, ist eine Ermessensfrage, bei der vor allem auch gesellschafts- politische Perspektiven ins Gewicht fallen.

Hier nun setzt die Sozialdemokratie gegenwärtig mit ihrer Reichtumssteuer- Welle an. Sie baut dabei auf die wachsende Kritik am Wirtschaftswachstum und an der Wohlstandsgesellschaft überhaupt. Auf diesem Hintergrund setzt sie zu einer Attacke auf die vermöglichere Schicht unter den Steuer- zahlern an, in der Meinung, damit zugleich ein Stück Umverteilungspolitik beim Sozialprodukt vornehmen zu können. Wenn damit auch zugleich ein gutes Stück an Wahlstrategie verbunden ist, so ist die systemfeindliche Schlag- richtung doch unverkennbar. Es geht darum, der Struktur der freien Markt- wirtschaft, die wesentlich mit dem Lei- stungsgedanken und dem Prinzip der privaten Kapitalbildung zwecks Investi- tion verbunden ist, die Axt an die Wur- zel zu legen.

Dass das Problem der kalten Progression ebensogut systemkonform gelöst werden kann, beweisen verschiedene Steuergesetzrevisionen bürgerlichen Zuschnitts, die gegenwärtig in vielen Kantonen laufen. Die Sozialdemokraten aber werden sich gelegentlich darüber klar werden müssen, ob sie *mit* dem marktwirtschaftlichen System leben oder aber dessen Liquidation anstreben wollen. Eine Sowohl-auch-Politik der Linken, wie sie in früheren Jahrzehnten üblich war und nun erneut aufzuleben scheint, führt letzten Endes nicht weiter.

Wachstumskritik als Wahllokomotive

Dass die hier unterschwellig hineinspielende Wachstumskritik nicht nur ein Steckenpferd der Linken ist, weiss man spätestens seit 1970, wo die Überfremdungs-Initiative des Herrn Schwarzenbach erstaunlich viele Kreise für sich zu gewinnen vermochte. Diese breite, schwer artikulierbare Welle ist nach wie vor virulent. Die Überfremdungsgegner haben inzwischen in den Parlamenten Fuss gefasst. Und auch die gegenwärtig wütenden Hausmacht-kämpfe dürften kaum etwas daran ändern, dass Republikaner und Nationale Aktion auch weiterhin ihre 10 bis 15 Prozent Stimmenanteil zu erobern vermögen.

Dass das Unbehagen rund um das Wirtschaftswachstum mit seinen Begleiterscheinungen der Umweltbelastung und der Infrastrukturansprüche

weitverbreitet ist, geht nicht nur aus der Überfremdungsbewegung, sondern auch aus der Tatsache hervor, dass die meisten traditionellen Parteien sich ebenfalls dieser Problematik angenommen haben. So ist zum Beispiel gegenwärtig die Überprüfung der Verkehrspolitik, und hier insbesondere der Strassenbauprogramme im Sinne einer Beschränkung auf das allerdingendste, der grosse Trumpf.

Ideologie wenig gefragt

Mit diesen thematischen Akzenten ist die politische Landschaft im weiteren Vorfeld der eidgenössischen Wahlen wohl ziemlich genau abgesteckt. Zwar ist das sozialistische Parteileben darüber hinaus durch Richtungskämpfe ideologischer Art geprägt. Dabei gelingt es den extremen Linksgruppen immer wieder, sich spektakulär in Szene zu setzen – wie zum Beispiel mit antimilitaristischen Teilerfolgen an Parteitag. Es würde aber eine echte Überraschung darstellen, wenn sich diese Re-ideologisierung auf das politische Leben als Ganzes ausdehnen würde. Sicherlich ist eine verstärkte Konfrontation nicht zu übersehen. Trotzdem dürfte das Wahljahr 1975 hier keinen eigentlichen politischen Stilwandel bringen. Wenn nicht alles trügt, gehen wir einem Wahljahr entgegen, das sich in bezug auf die Thematik wie auf die Methoden weitgehend im gewohnten Rahmen bewegen wird.

Richard Reich

MILITÄRS UND POLITIK IN LATEINAMERIKA

Die Unterentwicklung als Ursache der bestehenden «institutionalisierten Gewalt» in Lateinamerika

Die Länder Lateinamerikas zählen, wie man weiss, zur «Dritten Welt», deren gemeinsames und hervorstechendes Kriterium die *perpetuierte Armut* ihrer Bevölkerung ist. «... Armut ist mehr und anderes als ein einfacher Zustand des Beraubtseins und des Entbehrens; die «Schande» der Armut liegt darin, dass die unmittelbare Leibesnot, die unwiderstehlich zur Stillung drängt, zu einem Dauerzustand geworden ist. Armut ist für Menschen entwürdigend, weil ihr Elend sie unter den absoluten, unaufhörlichen Zwang des rein Körperlichen stellt, also unter eine Notwendigkeit, die allen Menschen, reich und arm, aus ihren eigensten und intimsten Erfahrungen unabhängig von aller Spekulation wohl bekannt ist» (Hannah Arendt). Analphabetismus, Aberglaube, Fatalismus, Indolenz, Unterernährung, Arbeitslosigkeit, hohe Inflationsrate, schlechte Wohnungs-, Gesundheits- und Ausbildungsverhältnisse: dies etwa sind die Grundübel, die sich aus dem herrschenden materiellen Elend herleiten lassen.

In Lateinamerika lebten 1967 259 Millionen Menschen. Die jährliche Bevölkerungswachstumsrate beträgt etwa 3 Prozent; man schätzt daher, dass sich die Bevölkerungszahl im Jahre 1985 auf etwa 500 Millionen beziffern wird. 55 Prozent der Bevölkerung (150 Millionen) arbeiten in der Landwirtschaft, deren Besitzstruktur weitgehend durch die Existenz von Latifundien und Minifundien gekennzeichnet ist. Diese tra-

dierten Eigentumsverhältnisse wirken sich einerseits negativ auf die landwirtschaftliche Produktivität aus und halten andererseits die Besitz- und Machtpositionen der Feudalherren auf dem Lande aufrecht. Das jährliche Durchschnittseinkommen der Bauern beläuft sich auf etwa 485 Schweizerfranken pro Kopf; während etwa 20 Prozent der Bevölkerung Lateinamerikas in sehr guten Verhältnissen leben, vegetieren etwa 80 Prozent am Rande und unterhalb des Existenzminimums. Der prozentmässige Anteil des Grossgrundbesitzes (repräsentiert durch 2 Prozent der Gesamtbevölkerung) am anbaufähigen Boden wird auf 75 Prozent geschätzt.

Die Wirtschafts- und Handelsstruktur der lateinamerikanischen Länder ist in die kapitalistische Weltwirtschaft integriert; diese Gebiete sind die Rohstofflieferanten der Industriestaaten, faktisch also der USA und Westeuropas. Die einheimische Wirtschafts- und Finanzoligarchie kooperiert mit ausländischen Firmen und erreicht hohe Profite – eindeutig auf Kosten der breiten Bevölkerung. Die staatlichen Zahlungsbilanzen weisen chronische Defizite auf; typisch ist auch die hohe Verschuldung gegenüber den Industrienationen.

Dies ist in groben Zügen die sozio-ökonomische und politische Situation, beziehungsweise der Kontext der Unterentwicklung oder der «institutionalisierten Gewalt» in Lateinamerika. Letzten Endes ist es immer die soziale Frage, die die un stabile politische Szenerie Lateinamerikas bestimmt; die Ablösung der Zivilregierungen durch Militärdiktaturen rechter oder linker Prägung ist durchaus in diesem Zusammenhang zu sehen.

Die Notwendigkeit, den Teufelskreis der Armut zu durchbrechen, steht, ausgesprochen oder unausgesprochen, hinter den meisten Machtergreifungen der Militärs in Südamerika. Wenn die Politik als Kampf um die Macht oder als Streben nach Macht, um grundlegende Veränderungen in der Gesellschaft zu bewirken, verstanden wird, dann ist dies implizit und explizit die Funktion der Militärs in der südamerikanischen Politik. Um dieses Entwicklungsziel, die Besserstellung der Unterprivilegierten durch strukturelle Reformen (Bodenreform, Nationalisierung der Grundindustrien und Mobilisierung der Volksmassen für die nationale Entwicklung) anzustreben und zu erreichen, schlagen die Militärs allerdings verschiedene Wege ein.

Die Militärs in der südamerikanischen Politik

Lateinamerika ist, heute mehr denn je, ein Kontinent der Militärdiktaturen; die wichtigsten Länder Südamerikas wie Brasilien, Bolivien, Chile, Paraguay, Peru und Uruguay werden heute von Militärs regiert. Der hohe Stellenwert der Militärs in Südamerika wird sowohl von bürgerlichen als auch von sozialistischen Entwicklungssoziologen und -politologen als entwicklungspolitisch notwendig und fortschrittlich beurteilt: Westliche Autoren bezeichnen die Militärs als Träger des geplanten und induzierten sozialen Wandels und als «key decision-making element». Die Armee als modern organisierte und verwaltete und zudem disziplinierte Institution sei eher in der Lage, die sozio-ökonomi-

sche Entwicklung voranzutreiben, zumal die bisherigen Zivilregierungen die entwicklungspolitischen Aufgaben Lateinamerikas im Rahmen einer parlamentarischen Regierungsweise nicht hätten bewältigen können. In diesem Nichtfunktionieren des parlamentarischen Systems, dessen Ursachen unter anderem auf das Fehlen eines Demokratiebewusstseins und -verständnisses der breiten Bevölkerung, auf das Fehlen der politischen Infrastrukturen und auf die Korruption der Zivilregierungen zurückzuführen seien, liege ein entscheidender Grund für die Interventionen der Militärs in die Politik.

Sowjet-marxistische Interpretationen sehen in den Militärs die Träger und Vollstrecker der «national-demokratischen Revolution» und des «nicht-kapitalistischen Entwicklungsweges» und betonen deren Rolle als Sicherheits-, Schutz-, Ordnungs-, Stabilitätsfaktor und als Reformers im gesellschaftlichen Entwicklungsprozess; kurz: die Militärs werden nach beiden Thesen als «Avantgarde der Modernisierungsprozesse» dargestellt (Janowitz, Mirskij).

Die neueren wissenschaftlichen Arbeiten über die südamerikanischen Militärs befassen sich vermehrt mit den partikularen Interessen der Armee, das heisst mit der Frage: Welche Interessen (diejenigen der herrschenden oder der unterprivilegierten Schicht?) vertreten die Militärs? Sind sie der verlängerte Arm einer Wirtschafts- und Finanzoligarchie, die an dem gesellschaftlichen Status quo festhalten, gar ihn perpetuieren will? Oder sind sie Vorbereiter, Wegweiser und Vollzieher radikaler gesellschaftlicher Umgestaltungen, die die Lösung der sozialen Frage im Interesse und für das Gesamtwohl

der Unterschicht und des Mittelstandes bringen sollen?

Es hat sich gezeigt, dass die Militärs – die Macht im Staate einmal innehabend – immer mehr dazu tendieren, die Geschicke der Nation *langfristig* zu bestimmen. Die brasilianische (seit 1964), die peruanische (seit 1968) und auch die chilenische Junta (seit 1973) zeigen sich entschlossen, ihre Länder nach ihren jeweiligen gesellschaftspolitischen Vorstellungen zu gestalten. Das Ziel aller Militärregierungen in Südamerika ist die *nationale Entwicklung*, die eine rasche Modernisierung und Industrialisierung mit Hilfe einer expansiven Wachstumspolitik, die Bekämpfung des Analphabetismus und oft auch die Durchführung radikaler Agrar- und Bodenreformen vorsieht. Die ideellen Fundamente dieser nationalen Entwicklungspolitik sind der *Nationalismus* und der *Populismus*. Während der Nationalismus als Rechtfertigung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität und zur Abgrenzung vom Ausland dient, konzentriert sich der Populismus auf die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens. Der Populismus negiert die politische und soziale Existenz der Klassen, damit den Klassengedanken und den Klassenkampf. Seine Lebensquelle soll *das Volk* sein; «das Volk ist das Modell und der Massstab; Kontakt mit ihm hat einen besonderen Wert, Hochachtung und Missachtung werden aufgrund der Nähe zum Volk oder der Entfernung von ihm zugemessen» (E. Shils). Sowohl der Nationalismus als auch der Populismus werden in der einschlägigen Literatur über die Entwicklungsländer als «dritter Entwicklungsweg» oder als «nicht-kapitalistische Entwicklungsweise» diskutiert und dargestellt.

Die brasilianische Armee in der Politik

Die brasilianischen Streitkräfte gehören zu den bestorganisierten, diszipliniertesten und bestbewaffneten in Südamerika und besitzen fähige Offiziere, die während ihres Studiums an der Kriegsakademie (Escola Superior de Guerra, gegründet 1949 von General Cordeiro de Farias) auch in Wirtschafts- und Sozialwissenschaften geschult werden. Die brasilianische Kriegsakademie (ESG) kann als geistige Stätte der politischen Machtergreifung der Militärs in Brasilien betrachtet werden. An dieser Akademie werden neben den Offizieren auch die hohen Beamten und Technokraten des Staatsapparates ausgebildet. Das auffällige Kennzeichen dieser militärischen Bildungsstätte ist ihre militante antikommunistische Tendenz und ihre enge Zusammenarbeit mit amerikanischen Militärs auf den Gebieten der Militärausbildung, der Militärtechnologie und der politischen Schulung: zwischen 1950 und 1970 wurden 6858 brasilianische Offiziere in den USA ausgebildet. Die Vereinigten Staaten gewährten Brasilien bis heute Militärhilfe im Werte von 221 Millionen Dollar.

Die meisten brasilianischen Offiziere stammen aus der unteren städtischen Mittelklasse; die Oberschicht, die Arbeiterklasse und die Bauernschaft sind im Offizierskorps unterrepräsentiert. Obwohl man von diesen Offizieren ihrer sozialen Herkunft wegen eine gewisse sozialreformerische Einstellung erwarten könnte, verteidigen und stabilisieren sie – in enger Beziehung zur Oberschicht – die herrschenden Besitz- und Machtpositionen. Sowohl die prokapitalistische Haltung wie auch die soziale Herkunft der brasilianischen Militärs

haben vor und nach der Machtergreifung von 1964 die gesellschaftspolitische Konzeption entscheidend beeinflusst: Ohne Veränderung der bestehenden tradierten Gesellschaftsstrukturen versuchen die brasilianischen Militärs durch forcierte Wachstumspolitik die «strukturelle Gewalt» zu überwinden. Diese Entwicklungsstrategie der Militärs ist gänzlich auf die Investitionspolitik abgestellt, die zum grössten Teil vom Ausland (USA-Firmen) konzipiert, finanziert und durchgeführt wird. Zwei Nachteile sind evident: Erstens gerät Brasilien durch diesen Kapitalimport in die Abhängigkeit der ausländischen Firmen: die «Metropolen-Satelliten-Struktur» wird dadurch stetig vertieft. Zweitens werden Wirtschaftswachstum und sozialer Friede durch Lohnstopp, Streik- und Gewerkschaftsverbot auf Kosten der lohnabhängigen Schicht erzwungen. Das Resultat dieser Politik ohne soziale Komponente ist die fortschreitende Kluft zwischen Armen und Reichen: «Es geht der Wirtschaft gut, aber dem Volke schlecht.»

Die peruanischen Militärs auf der politischen Bühne

Die peruanischen Militärs rekrutierten sich bis 1945 überwiegend aus der Oberschicht. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg – als Folge des Modernisierungs- und Industrialisierungsprozesses – konnte sich die Mittelklasse den Eingang in die Offiziersränge verschaffen. Das Erziehungs- und Ausbildungswesen der Militärschulen wurde reformiert; das Studium von Wirtschafts- und Sozialwissenschaften wurde in den Lehrplan aufgenommen und auch in-

tensiv betrieben. Besonders an der Militärakademie (Centro de Altos Estudios Militares/CAEM) wurde auch sozialistisches und marxistisches Gedankengut gelehrt, diskutiert und artikuliert. Der Staatsstreich von 1968 unter Velasco Alvarado war das Produkt der CAEM!

Die wichtigsten Entscheidungen der Militärs nach 1968 waren primär auf die Entmachtung der Land- und Finanzoligarchie ausgerichtet; durch Bodenreform und Nationalisierung der ausländischen Firmen wurde der gesellschaftliche Umwälzungsprozess eingeleitet. «Insgesamt sind bis Anfang 1971 rund eine Million Hektar Land und eine Million Stück Rindvieh an Kleinbauern oder Genossenschaftsmitglieder verteilt worden. 1970 erhöhte sich die landwirtschaftliche Produktion um 7,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr.» (*Die Zeit*, 6. Oktober 1972, Nr. 40.) Die Inflationsrate konnte herabgesetzt werden, die amerikanischen Firmen wurden verstaatlicht, der Einfluss der Oligarchie, der Bürokraten und der Technokraten zurückgedämmt. Die peruanischen Militärs verwalten den Staat – im Gegensatz zu ihren brasilianischen Kollegen – *allein* ohne Bürokraten und Technokraten. Das peruanische Entwicklungsmodell ist auf eine breite soziale Basis (Beteiligung der Bauern, Arbeiter und Mittelschicht an der nationalen Entwicklung) gestellt. Es beruht auf dem Nationalismus und dem Populismus, die beide weder eine kapitalistische noch eine sozialistische Entwicklungsweise zulassen. Es ist ein «Militärpopulismus», der nationale Eigenschaften, Werte und Traditionen des peruanischen Volkes in den Vordergrund stellt und den Militärs eine neutrale, unabhängige und soziale Vermittlerrolle zwischen den Volksschichten einräumt.

Folgerungen

Die politische Präsenz und die Herrschaftsdauer der Militärs in der süd-amerikanischen Politik werden wesentlich von der befriedigenden Lösung der sozialen Frage abhängen. Sowohl konservative Militärs (in Brasilien, Paraguay und Uruguay) als auch linke und progressive (in Peru) versuchen auf der Basis der nationalen Entwicklung den Teufelskreis der Armut zu durchbre-

chen und die soziale Not der breiten Bevölkerung zu lindern. Während die Früchte der wirtschaftlichen Fortschritte in Brasilien heute ausschliesslich in den Schoss der Oberschicht und der Militärs selbst fallen, sind die peruanischen Militärs bemüht, den «sozialen Kuchen» gerechter zu verteilen. Bisher besteht aber überall – allen Bemühungen zum Trotz – die Armut in Südamerika weiter.

Ali F. Bozbağ

ZUM GEDENKEN AN EDGAR SALIN

Am 17. Mai 1974 ist in Montreux Edgar Salin, Professor emeritus der Staatswissenschaften an der Universität Basel, nach langer, schwerer Krankheit in seinem 83. Lebensjahr gestorben. Wie nur wenige andere Persönlichkeiten unserer Zeit verkörperte Salin noch das echte humanistische Bildungsideal, wovon er zuletzt in seinen köstlichen Erinnerungen als «Goethe-Gymnasiast in der Goethe-Stadt 1901–1910» (1960) geschrieben hat: «Und die ausserordentliche Bildungsmacht des Gymnasiums leitete sich wohl davon her, dass in ihm die gleiche Tradition und die gleiche Gesinnung herrschte wie zu Hause... Aber unwiederholbar dahin ist, was in meiner Kindheit und Jugend noch die Luft von Frankfurt beschwingte. Damals hat Goethe noch in Frankfurt und Frankfurt hat noch aus ihm gelebt.»

Edgar Salin wurde am 10. Februar 1892 als Sohn eines Fabrikdirektors in Frankfurt am Main geboren. Er studierte von 1910–1914 in Heidelberg, München und Berlin hauptsächlich Nationalökonomie und Jurisprudenz, daneben Philosophie, Kunst- und Litera-

turgeschichte. 1914 promovierte er in Heidelberg mit einer Dissertation über «Die wirtschaftliche Entwicklung von Alaska (und Yukon Territory). Ein Beitrag zu Geschichte und Theorie der Konzentrationsbewegung» bei Alfred Weber summa cum laude zum Doktor der Philosophie. Noch im gleichen Jahre zog Salin als Freiwilliger in den Krieg. 1918, nach schwerer Verwundung heimgekehrt, wurde er Referent der politischen Abteilung der Deutschen Gesandtschaft in Bern, verliess jedoch den auswärtigen Dienst ein Jahr später, um sich der akademischen Laufbahn zu widmen. 1920 habilitierte er sich in Heidelberg mit der staatspolitischen Arbeit «Platon und die griechische Utopie», wurde dort 1924 «Goethein»-Professor, lehrte 1927 als Gastprofessor in Kiel und vom gleichen Jahr an bis zu seiner Emeritierung und noch weit darüber hinaus als ordentlicher Professor an der Universität Basel.

Salins Schaffen reicht von der klassischen Philosophie und Philologie über literarhistorische Arbeiten bis hin zur modernen Wirtschafts- und Gesell-

schaftslehre. In den Jahren seiner Studenten- und Dozentenzeit war Heidelberg eine Stadt bewegter und vielseitiger Geistigkeit. Wissenschaft und Musikisches wohnten eng beieinander. Salin selbst stand in der Tradition der deutschen Sozialwissenschaft von Werner Sombart und Max Weber: Philosophische Reflexion und ökonomisch-soziologische Analyse gehörten für ihn stets untrennbar zusammen. Salin zählte nie zu jenen Ökonomen, die sich hinter abstrakten Theorien verschanzten und den Menschen dabei vergassen, der an jedem wirtschaftlichen Geschehen beteiligt ist.

Schon die beiden Frühschriften – die oben erwähnte Dissertation und die Habilitationsschrift – enthalten die Grundelemente seines ganzen späteren Schaffens: das anschaulich-künstlerische und die Macht des Wortes. In der Habilitationsschrift «Platon und die griechische Utopie» (1921) gelangt die historische Frage nach Ursprung und Art, nach Ziel und Lehre und nach dem Staatsbild der einzelnen Utopien zur Behandlung. Salins vorzügliche Kenntnis des Griechischen erregte schon in seiner in klassischem Griechisch gehaltenen Abiturientenrede grosses Staunen, und Karl Reinhardt, der erste Direktor des Goethe-Gymnasiums, fragte Salin, woher er sich Stilelemente des Lysias und des Isokrates angeeignet hätte. Seine lebenslange, intensive Beschäftigung mit Platon fand ihren fruchtbarsten Niederschlag in den Platon-Übersetzungen, die in fünf Bänden im Basler Verlag Schwabe & Co. erschienen und die mehr an den Zuhörer als an den Leser gerichtet sind.

Die intensive Beschäftigung und Versenkung in Gestalten und Zeit des frühen Christentums im Hinblick auf sein

Buch «Civitas Dei» (1926) lehrten Salin, dass das christliche Reich, sein Wesen und seine Aufgabe von allen antiken Bildern und Fragen völlig verschieden sind. Daher sei von der Antike her weniger Verständnis zu gewinnen als im Leben und in der Lehre Jesu selbst. Die Geschichte des frühen Christentums sei nicht eine Fachangelegenheit der Theologen, sondern der Brennpunkt allen damaligen Geschehens und ein lebendiges Vorbild alles staatlichen Menschentums und aller gläubigen Gemeinschaft. Das Reich des Geistes wurde damals lebendiges Wesen und das Reich Gottes irdisch-politische Wirklichkeit.

Das von Salin verfasste Rektoratsprogramm der Universität Basel für das Jahr 1937 behandelt die Beziehungen zwischen «Jacob Burckhardt und Nietzsche». Eine erweiterte Fassung dieser Vorlesungen aus dem Jahre 1935 erschien 1959 unter dem Titel «Vom deutschen Verhängnis. Gespräch an der Zeitwende». Salin fragt im Vorwort zu dieser Neuauflage, was uns Jacob Burckhardt und was uns Nietzsche heute, in dieser Weltstunde noch sagen und raten können und antwortet darauf: «Das Geistergespräch der beiden ist darum so unwiederholbar und so erschütternd, weil in ihnen ein später Träger der alten, der Goetheschen Welt und ein früher Rufer der neuen sich begegneten, befreundeten und weil hierdurch sich im Leben ereignete, was sich jetzt nur im Geist noch nachvollziehen lässt.»

In seinem leidenschaftlichen Bekenntnisbuch «Um Stefan George. Erinnerung und Zeugnis» (1948 und 1954) wünscht Salin den Leser zur «Realität der Georgeschen Existenz» hinzuzuführen. Salin war dem Schicksal dankbar, dass es ihn im Freundeskreis des deut-

schen Dichters aufwachsen liess und «in Stefan George für immer Vorbild und Richte des Lebens gab».

Salins eigentliches nationalökonomisches Haupt- und Lebenswerk ist und bleibt seine in fünf Auflagen erschienene «Geschichte der Volkswirtschaftslehre». Es gibt wohl keine andere Geschichte dieses Faches, welche die Entwicklung der Lehren so vollkommen auf dem geistesgeschichtlichen Hintergrund abzeichnet wie diese. Schon die erste Auflage von 1923 war keine Dogmengeschichte im üblichen Sinne des Wortes. Sie hatte unter anderem die Aufgabe, die Grenzen des Geltungsbereiches der lange allein herrschenden historischen Schulen aufzuweisen. Der schmale Band von 44 Seiten hatte damals einen Sturm hervorgerufen. In den späteren Auflagen haben dann gerade auch die Ausführungen über die jüngere historische Schule eine wesentliche Erweiterung erfahren und jene aus der räumlichen Beschränkung in der ersten Auflage herrührenden Missverständnisse ausgeschlossen. In der zweiten Auflage von 1929 entwickelte Salin seine in der Gegenüberstellung von «anschaulich» und «rational» zentrierende Methodologie. Salins Ziel war die Entwicklung einer anschaulichen Theorie des Wirtschaftslebens, einer Theorie, die den Dingen auf den Grund geht und das eigentliche Wesen der Erscheinungen erfasst. Aufgrund dieser Einstellung hegte er auch eine tiefe Abneigung gegenüber allen Abstraktionen und hypothetischen Schlüssen. Die fünfte und letzte Auflage von 1967 trägt den Titel «Politische Ökonomie. Geschichte der wirtschaftspolitischen Ideen von Platon bis zur Gegenwart». Mit diesem Titel bekannte Salin, dass alle ökonomische Wissenschaft Sozialwissenschaft, Staats-

wissenschaft und darum von Anbeginn bis in alle Zukunft politische Ökonomie sei.

Dieses Bekenntnis zum politischen Element in der Nationalökonomie widerspiegelt sich auch in den unter dem Titel «Lynkeus. Gestalten und Probleme aus Wirtschaft und Politik» (1963) vereinigten 26 Reden und Abhandlungen, die als eine «zeitgemässe Einführung in die politische Ökonomie» gelesen werden wollen, und in seinen beiden allerletzten Aufsätzen im «Kyklos» über «Die Krise der EWG. Ein neues Kapitel der Politischen Ökonomie» (1972) und «Die EWG im Komma. Ein weiteres Kapitel der Politischen Ökonomie» (1973).

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen lenkte Salin sein Interesse auf die sich auflösende Weltwirtschaft und das Problem der Arbeitslosigkeit. Als Präsident des Staatlichen Einigungsamtes diente er während zehn Jahren der Stadt Basel. Der «Arbeitsrappen» war wesentlich seine Schöpfung. Als Mitbegründer und Mitherausgeber der internationalen Zeitschrift für Sozialwissenschaften «Kyklos» hat sich Salin zeitlebens dem Zwang zur Spezialisierung beharrlich widersetzt. Als dreimaliger Dekan und 1961 als Rektor der Universität Basel bewies er stets zielbewussten Willen und Mut. Salin war Gründer und Mentor sowohl der alten als auch der neuen List-Gesellschaft. Im Mittelpunkt der Arbeit der alten Friedrich-List-Gesellschaft (1925 bis 1935) stand die erste Gesamtausgabe der Schriften, Reden und Briefe Lists. Mit den zwölf Bänden dieser Ausgabe hat List recht eigentlich seinen ihm zukommenden Platz in der politischen Ökonomie gefunden. Salin hat die Goethe-Medaille der Stadt Frankfurt

erhalten; von Bundespräsident Heinemann ist er mit dem Grossen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt worden.

In seinen letzten Lebensjahren konnte Salin noch mit besonderer Genugtuung verzeichnen, dass die tatsächliche Entwicklung auf dem Gebiet der Weltwährungspolitik seinen einst viel umstrittenen Prognosen entsprochen hat. Er gehörte zu den ersten Experten, die einem allgemeinen «Alignment der Währungen», also einer Korrektur der Währungsordnung von Bretton Woods, das Wort redeten. Schon 1960 verlangte er nachdrücklich eine Änderung der Dollarparität!

Während seinen über 45 Jahren Lehrtätigkeit an der Universität Basel hörten und arbeiteten ungezählte Studenten bei Salin. Als Hochschullehrer wusste er nicht nur mit vorbildlicher Klarheit das Fachliche zu vermitteln, sondern auch ein weiteres und tieferes Interesse wachzurufen und vor allem zu eigenem Denken anzuspornen. Die Hörer wurden mitgerissen durch seinen Ideenreichtum und nicht zuletzt auch

durch seine ganz einzigartige Rednergabe. Seine ebenso einprägsame wie regelwidrige Art des Kollegs – nicht hinter Pult und Skript stehend, sondern sich auf dem Podium ausdrucksvoll hin und her bewegend – strahlte Überzeugung aus. Die Doktorarbeiten, die unter Salins Leitung entstanden, waren nicht nur zahlreich, sondern hatten auch die verschiedenartigsten Probleme zum Gegenstand. Er legte Wert darauf, dass seine Kandidaten Fragen behandelten, die ihrer besonderen Veranlagung entsprachen und zu denen sie selbst den Weg gefunden hatten. Vor allem aber wies er seine Schüler in einer Zeit wie der unsrigen, in der die menschliche Unabhängigkeit und Würde bedroht ist wie noch nie zuvor, auf jenen Weg, der «dem einzelnen und den Völkern, Europa und der Welt das noch erreichbare Mass von persönlicher, wirtschaftlicher und sozialer Freiheit zu wahren gestattet». Dies ist die letzten Endes jedem politischen Ökonomen gestellte unentziehbare Aufgabe.

Toni Föllmi

DER ARCHIMEDISCHE PUNKT

Die sowjetischen Dissidenten im Streit um den richtigen Weg

«Vielleicht ist Russland, ob wir das wollen oder nicht, ob es ihm vorbestimmt war oder nicht, zu einer autoritären Struktur verurteilt? ... Alles hängt davon ab, welcher Art die autoritäre Struktur ist, die uns weiterhin erwartet. Unerträglich ist nicht das Autoritäre selbst, sondern die aufgezwungene alltägliche ideologische Lüge.»

Diese Sätze stehen in Alexander Soltschenizyns Schrift «Offener Brief an die sowjetische Führung» vom September 1973, der erst nach Soltschenizyns Zwangsemigration im Westen veröffentlicht worden ist. In Deutschland gab es vor 1933 grosse Diskussionen um den Unterschied zwischen einem autoritären und einem totalitären Staat – zwischen

einem Staat, der seine Macht zwar verankert und keinen Weg freigibt, sie legal zu stürzen, der sich aber an die eigenen Gesetze hält, zwischen Autorität und Willkür unterscheidet –, und einem Staat, in dem der Wille des Führers oder einer Führungsgruppe höchstes Gesetz ist, das alle anderen Gesetze brechen darf. Solches galt in früheren Jahrhunderten als das Kennzeichen des monarchistischen Absolutismus – «legibus absolutus», von den Gesetzen gelöst. Doch hat damals der Staat auch unter absolutistischen Monarchen eine geringere Rolle gespielt, hat zahllose Bräuche, Regeln, Privilegien respektiert, weil der Stoff der Gesellschaft noch aus ihnen bestand. Wenn Ludwig XIV. sagte: «l'Etat c'est moi», der Staat bin ich, so war der Staat nicht so gar viel, und es gab jenseits dieses Apparates eine Gesellschaft. Stalin und auch seine Nachfolger konnten aber – das ist schon festgestellt worden – sagen: «La société c'est moi», die Gesellschaft, das bin ich, weil der Staat jetzt alle Gebiete des gesellschaftlichen Daseins erfasst und kontrolliert und es grundsätzlich keine staatsfremden Zonen der Gemeinschaft mehr gibt.

Von hier aus wird verständlich, was Solschenizyn meint, aber auch das, was andere prominente Dissidenten da anders sehen und was zu heftigen wenn auch fairen, respektvollen Polemiken zwischen ihnen geführt hat: im Angriff der Brüder Medwedjew gegen Andrej Sacharow, der zuviel vom äusseren Druck auf das System von seiten des Westens erwartete, und dann von Sacharow selber gegen Solschenizyn, der nur auf Neubelebung alter russischer Traditionen setzte und auf eine Zukunft der Demokratie als Leitbild ganz verzichtete.

Wir können uns diese Diskussionen

zusammenreimen aus Buchveröffentlichungen – Solschenizyns genannter «Offener Brief», Jaurès Medwedjews Buch über Solschenizyn, Sacharows Äusserungen im Sammelband «Stellungnahme», Sacharows in der «Times» erschienene Kritik an Solschenizyn, früher noch Roy Medwedjews Thesen, in «Die Zeit». Wäre es nicht an der Zeit, diese verschiedenen Thesen einander gegenüberzustellen und das ganze weite Spektrum der Meinungen zu dokumentieren? Dann erst könnten wir vielleicht beurteilen, ob sich die bedeutenden charaktervollen Vertreter des freiheitlichen Protests jetzt im Meinungsstreit verzetteln und verbrauchen, statt sich gemeinsam auf ihre wesentlichen, gemeinsamen Zielsetzungen zu konzentrieren. Auch könnten wir – so will es mir scheinen – in diesen lange durchdachten, durchlebten Auffassungen eine Art Negativbild der sowjetischen Gesellschaft erkennen.

Da hätten wir beispielsweise den Komplex China, und zugleich den Chinakomplex. Amalrik hatte überpointiert das Ende der Sowjetunion mit dem Orwellschen Datum 1984 verbunden, und was war es, das die Sowjetunion in so tiefe Krisen stürzen sollte? Der Konflikt mit China. Genau so sah es damals Sacharow, der 1970 in einem Brief an Breschnjew betonte, der technische Abstand zwischen der Sowjetunion und China müsse unbedingt aufrechterhalten werden. Ebenso sieht es Solschenizyn, der in seinem «Offenen Brief» von der Vision eines kommenden russisch-chinesischen Krieges ausgeht, der «keineswegs weniger als 60 Millionen Menschenleben kosten wird –, ein Vernichtungskampf, wie es ihn noch nie gegeben hat.» Der Schriftsteller prophezeit: «Nach diesem Krieg wird das

russische Volk praktisch aufhören zu existieren.»

Von dieser Katastrophenvision hat sich Sacharow mittlerweile entfernt, und zwar ebenso selbstkritisch wie kritisch gegenüber jenen, die noch mit diesem Alptraum leben. Heute meint der Atomphysiker, es heisse die Geschäfte Breschnjews besorgen, wenn man immerfort auf den russisch-chinesischen Konflikt starre, als sei das die einzige Zielrichtung der sowjetischen Rüstung, als könne China in diesem Sinne als eine militärische Gefahr erster Ordnung für die mächtige Sowjetunion gelten. Auch die Gegner der Propaganda fielen da auf Parolen herein und machten sich die von den Sowjetführern erwünschten Perspektiven zu eigen.

Das ist nicht ein Gegensatz in der Bewertung von Fakten, sondern geht tiefer. China gilt den Warnern als ein noch perfekterer Totalitarismus, noch erschreckender als das System, unter dem sie leiden. Ob sich nun zwei solche Systeme vereinen, ob sie sich bis aufs äusserste bekämpfen – in jedem Fall ist das Nachlassen der Willkür, das Wachsen von Rechtsverhältnissen bedroht. China, das ist sozusagen eine potenzierte Sowjetunion. Da die Sowjetunion nach dem Krieg und trotz technischer Überlegenheit der USA so gewaltige Gebietserweiterungen erreicht hat, ist erwiesen, dass der technologische Abstand nicht immer entscheidend ist.

Ein anderer Gegensatz erneuert die Diskussion des neunzehnten Jahrhunderts zwischen Westlern und Slawophilen, wie sie literarisch von Turgenjew und Dostojewski verkörpert waren. Denn Solschenizyn setzt auf die Rückkehr zu russischen Traditionen, namentlich zum Christentum; und er ist damit

wahrlich nicht allein. Der vierzigjährige Schriftsteller Maximow sagte mir unlängst, die Wahrheiten der russischen orthodoxen Kirche seien heute für viele Intellektuelle seiner eigenen proletarischen Herkunft und seiner Generation unbedingt massgebend; man verstünde nichts von Russland, wenn man diese Rückkehr zum Religiösen gering achte oder für die Schrulle einiger weniger halte. Genau das vermerkt mit Erstaunen Simone de Beauvoir in ihrem letzten Memoirenband in den Notizen über Russlandreisen.

Solschenizyn bekennt sich heute als Christ und sieht eine neue Achtung moralischer Werte nur in einem Glauben jenseits der Reichweite des Staates und seiner Zweckideologien. Was er aber vorschlägt, erinnert an den Kampf der Liberalen des neunzehnten Jahrhunderts gegen die Kirche als eine politische Macht. Graf Cavour hatte für das geeinte Italien eine «freie Kirche in einem freien Staat» gefordert; in England hatte der Ausdruck Disestablishment die Beendigung eines gemeinsamen staatlich-kirchlichen Establishment bezeichnet. Für Solschenizyn ist der Marxismus eine atheistische Staatskirche geworden. Darin steht der Schriftsteller auf der gleichen Linie wie der in der Sowjetunion untergründig viel gelesene Religionsphilosoph Nikolaj Berdjajew. Marxismus als Kirche, als Glaubensmonopol mit Ketzerverfolgung und Institutionen «de propaganda fide» – das macht den Unterschied zwischen einem Behördenstaat (dem, was Solschenizyn als das bleibende autoritäre Element ansieht) und einem ideokratischen Staat, der ganz im Dienst eines Glaubens steht und im Namen einer Staatsreligion die Ketzerverfolgung. Hier ist allerdings die von mir anfangs relati-

vierte Verbindung mit dem einstigen Absolutismus gegeben, denn in diesem Sinn hatte Ludwig XIV. die Hugenotten verfolgt und den Katholizismus so bestimmt, wie es seiner Staatsraison entsprach. Nicht Umsturz des Behördenstaats, wie starr er auch sei, sondern Trennung dieses Staates von seiner «Kirche» –, das ist Solschenizyns Konzept.

Dem treten die Brüder Medwedjew – der Biologe Jaurès in London als Emigrant wider Willen und der Historiker Roy in Moskau – entgegen, die sich zum Marxismus-Leninismus bekennen und jenseits der Verzerrungen der stalinistischen Epoche zur ursprünglichen reinen Lehre zurückkehren wollen. Das entspricht der Losung der Zeit Chruschtschows: «Zurück zu Lenin.»

Ist da nun wirklich die Überzeugung, dass im Marxismus-Leninismus alle Möglichkeiten des freien Denkens, der freien Forschung, der offenen internationalen Beziehungen angelegt sind, dass er noch immer der Weg der Sowjetunion zur Modernität bleibt? Oder ist das eine Taktik, weil es so aussieht, als ob eine Milderung der stalinistischen und nachstalinistischen Willkür im Namen der Gründerväter eine Chance hätte, während mit einer Abkehr von der Ideologie bei den politischen Kadern keinesfalls zu rechnen ist?

Das ist ein Teil der unbeantworteten schwersten Frage: Wie greift man ein totalitäres System an, um es zu reformieren? Denn darin sind die Dissidenten sich einig: keinen Umsturz, keine neue Revolution zu fordern. Auch Solschenizyn schreibt, dass er einen solchen Umsturz nicht wünsche, sondern fürchte.

Mehr Rationalität, mehr Konsequenz, Wiederbelebung der intellektuel-

len und politischen Motive, die an der Geburt der Sowjetunion standen –, das ist das Leitbild der Medwedjew. Mehr Offenheit gegenüber der Aussenwelt, mehr Durchsichtigkeit und die Pflicht der grossen Demokratien, eine «Zivilisationsklausel» vom sowjetischen Partner als Gegenleistung zu fordern –, das ist Sacharows Ausblick. Ethische Konsequenz, Verweigerung, an der Lüge mitzumachen, Besinnung auf das, was den Menschen jenseits aller Taktik zum eigentlichen Menschen macht –, das ist Solschenizyns Botschaft, und es ist mehr als eine Botschaft: ein durchlittenes Beispiel. Kann man ein totalitäres Führungssystem aushöhlen, ihm die Selbstsicherheit nehmen, es von innen oder von aussen erschüttern, reformreif machen? Die Debatte geht weiter.

Ein bedeutender Kenner der Sowjetunion, der französische Jesuit Henri Chambre, hat in seinem neuesten Werk über die Entwicklung der Wirtschaftstheorien und des Rechts im sowjetischen Marxismus (Editions Le Seuil, Paris) behutsam alle Gebiete erkundet, auf denen sich Rechtsnormen entwickeln, auf denen Versachlichung festzustellen ist; er kommt dennoch und widerwillig zum Schluss, dass ein «Sozialismus mit menschlichem Antlitz noch in keiner Weise am Horizont erkennbar oder ahnbar ist».

Sacharow hat einmal gesagt, er müsse seinem Gewissen folgend für einen Fortschritt eintreten, den er als Realist nicht wirklich erwarte. Es ist also auch bei ihm eine Frage des ethischen Imperativs und nicht nur die einer richtigen Taktik.

Wenn aber eine Aufweichung des totalitären «ideokratischen» Systems durch Rückbesinnung auf Traditionen

oder durch Öffnung gegenüber der Außenwelt zu keinen unmittelbaren Ergebnissen führen kann, dann muss die Suche nach dem «archimedischen Punkt», von dem aus der Totalitarismus aus den Angeln zu heben wäre, noch weitergehen. Ein Koloss wird umkreist. Wie von da aus eine Gesellschaft mit weniger Staat, mit toleranterem Staat, mit mehr Rechtsstaat, mit ideologiefreier Zone der Versachlichung und zugleich der Humanisierung entstehen kann, weiss niemand.

Darin waren die letzten Jahrzehnte des Zarismus anders, in denen es Institutionen der Selbstverwaltung, der freien Wahl, der richterlichen Unabhängigkeit, der Meinungsfreiheit bereits gegeben hat. Zu sagen, dass im Zarismus Ansätze zum Übergang vom absoluten zum liberalen Behördenstaat bestanden, aber in der revolutionären Sowjetunion keine solchen Ansätze zu entdecken sind, das klingt ungeheuer reaktionär. Solschenizyn sagt dazu, ihm sei gleich-

gültig, was der oder jener «reaktionär» nenne, es komme nur darauf an, was historisch wahr ist.

Das Aussprechen von Wahrheit ist das gemeinsame Kriterium der Dissidenten, auch wenn sie verschiedene Wege erkunden. Deshalb sind sie vorderhand eher Zeugen der Wahrheit – auf griechisch heisst Zeuge «Märtyrer» – als politische Denker, die zu sagen wissen, welche Arten des Handelns praktisch Erfolg haben könnten. Wie immer wir diesen Glauben an die Pflicht zur Wahrhaftigkeit nennen: christlich, humanistisch oder auch marxistisch, ein Glaube ist es, und er bezieht seine Kraft weniger aus der Aussicht auf eine baldige Wandlung als aus einer Absage an erzwungenes Schweigen und erzwungenes Reden, aus einer Verantwortung, die ein Gebot der Selbstachtung geworden ist, und zwar für viele – nicht etwa nur für die wenigen berühmten Prominenten.

François Bondy

STREHLER INSZENIERT SHAKESPEARE

Das Piccolo Teatro mit «Re Lear» im Rahmen der Junifestwochen Zürich

Die Inszenierung ist längst als bedeutendes Ereignis gewürdigt worden. Monatlang lief sie im Mailänder Piccolo Teatro und zog Zuschauer von weither an. Gastspielreisen haben sie international bekanntgemacht. Die Kritikerprominenz hat sich ausgesprochen, die Diskussionen um Strehlers kühne Deutung des Narren dauern noch an. Nun ist das Ensemble des Piccolo Teatro, am Ende einer Deutschland-Tournee, auch nach Zürich gekommen, um mit «Re Lear» die Festwochenbeiträge des Schauspiel-

hauses zu ergänzen. Zwar ist die Aufgabe, über bedeutende Leistungen international bekannter Truppen durch Gastspiele zu informieren, endgültig an die Verwaltungsabteilung des Stadtpräsidenten übergegangen. Übrigens zeigt sie im Rahmen des Festwochenprogramms das Young Vic National Theatre aus London, ebenfalls mit einem Shakespeare, mit «Much ado about nothing». Man könnte sich also fragen, was denn die Konfrontation mit Strehlers «Lear»-Inszenierung, mit seiner

weitberühmten und eigenartigen Klassikerinterpretation im Rahmen des Festwochenspielplans des Schauspielhauses bedeuten könnte. Gleichzeitig stehen da auf dem Spielplan ja «Hamlet» (Inszenierung Buckwitz) und «Emilia Galotti» (Inszenierung Dürrenmatt). Vergleiche werden durch das Erscheinen der Italiener geradezu herausgefordert, das Stammpublikum des Hauses erhält verschiedene Formen und Arten von Theaterarbeit nacheinander vorgeführt.

Es wäre sicher ungerecht und verfehlt, Leistungen aneinander zu messen, deren Vorbedingungen notgedrungen sehr verschieden sind und die darum auch in ihrem Ergebnis weit auseinander liegen. Aber man kann sich dessen voll bewusst sein und dennoch die Frage nach dem Ansatz stellen, nach der künstlerischen Zielsetzung, nach den Prinzipien der Theaterarbeit. Nun denn: «Hamlet» ist offensichtlich auf den Zürcher Hauptdarsteller hin inszeniert, und «Emilia Galotti» ist ohne grosse Rücksicht auf Lessing zum Spielgerät für Friedrich Dürrenmatt geworden. Weder im einen noch im andern Fall zeichnet sich die Arbeit durch jene Konsequenz aus, die das Wort des Dichters ebenso wie die Einfälle seiner Interpreten behaftet. Wir haben es mit Effekten zu tun, mit überraschenden Auslegungen vielleicht, die allenfalls zur Not möglich sind, im Falle Dürrenmatt/Lessing allerdings kaum noch zur Not.

Wie aber ist Strehler vorgegangen?

Immer aufs neue überrascht er uns durch die Einprägsamkeit der Bilder, die er mit einfachsten Mitteln zu erreichen weiss. Das Drama setzt mit der rhetorischen Liebesprobe ein: die drei Schwestern sollen sagen, wie sehr sie den Vater lieben. Das erzählt Strehler in der

Art einer Legende. In wunderbar mildes Licht getaucht erscheinen die symmetrisch gruppierten Figuren, in der Mitte der König, mit Krone, Kugel und Szepter, zu seiner Rechten und zu seiner Linken Regan und Goneril, ihm zu Füßen davor Cordelia. Fast keine Bewegung gestattet der Regisseur im ersten Bild seinen Schauspielern. Nur der Text ist da, die dreifache Probe, die von den bösen Töchtern gewonnen, von Cordelia in ihrer schlichten Unmittelbarkeit verloren wird. Als Zuschauer sitzt man vor diesem Bild, das durch ein ganz einfaches Mittel in den Bereich der Sage gerückt ist, in die Distanz einer Legende, die mit den Worten beginnen könnte: «Es war einmal ein König.» Ein zarter Gazeschleier, nur gerade so hoch wie die Figuren im Bild, schliesst die Gruppe noch stärker zusammen, mildert die Konturen, filtert das Licht. Dieser Schleier nun ist wie eine hauchdünne Trennwand. Er zerreisst, wenn der König Cordelia verstösst. Auch Kent, der den König warnt, wird aus dem Frieden des schönen Bildes ausgestossen an die Rampe, diesseits des Gazeschleiers. Die Zerstörung ursprünglich geschlossener Einheit ist mit ganz einfachen Mitteln vor Augen geführt. Der Schleier zerreisst und wird mit Füßen getreten, die Symmetrie der Gruppe zerfällt, das schöne Bild des Anfangs ist zerbrochen. Auf diese eindrückliche Weise exponiert Giorgio Strehler das Drama von König Lear.

Charakteristisch für die Art, wie er die einmal gefundenen Mittel konsequent weiter verwendet, ist die kleine Zwischenszene der beiden Schwestern Regan und Goneril, die von rechts und links im Proszenium mit kleinen Wäschekörben auftreten und die beiden Teile des am Boden liegenden zerris-

senen Schleiers zusammenfalten. In dieser Szene, die dramaturgisch wie ein Gelenk ist zwischen der Exposition und den Peripetien des Leidens, denen der entmachtete König entgegenght, geloben sich Regan und Goneril, gegen den alten Vater gemeinsam vorzugehen. Durch die einfache Handlung, wie sie die weisse Gaze gemeinsam zusammenfalten, wird der Sinn der Szene augenfällig.

Von jetzt an ist die Bühne eine Manege. Die Requisiten, Hocker und Bretter, werden in immer neuen Kombinationen zu Laufstegen, Einzäunungen, einer Schaukel oder einem Podest zusammengestellt, als ob es gelte, für eine Dressurnummer oder für den Auftritt eines Jongleurs Vorbereitungen zu treffen. Auch in den Kostümen ist die Assoziation Zirkus gegeben: der Narr ist als Clown kostümiert, Lear und Gloster tragen zerschlissene Mäntel mit Halskrausen und Pailletten und erscheinen mit weiss gepuderten Gesichtern. Doch ist dies alles nicht aufdringlich, eher zurückhaltend, andeutungsweise nur ausgespielt: die Armut und das Elend, die auf das schöne Legendenbild des Anfangs mit seinen milden, satten Farben folgen, sind farblos, grau, verschlissen, ein Endspiel in der Arena, die Zirkus und Welt zugleich ist. Giorgio Strehler und sein Bühnenbildner *Ezio Frigerio* ergänzen diese Umwelt sinnvoll durch die Ausgestaltung des Bühnenbodens, der weich ist und mit Kies bedeckt, in dem die Gestalten mühsam waten. Gegen die Rampe hin ist eine scharfe Schräge, über die immer wieder einzelne Figuren «aus dem Bild» herausrutschen.

Die Aufführung dauert, zwei Pausen eingeschlossen, viereinhalb Stunden, und das ist zweifellos zu lang. Solange den Zuschauern nicht Liegesitze, Air

condition und Erfrischungen geboten werden, wird auch der begeisterungsfähigste Theaterbesucher mit Ermüdungen kämpfen. Man kann immer darüber streiten, wo die äusserst mögliche Dauer eines Theaterabends etwa liege; dieser «Re Lear» setzt sich – was ich letztlich doch bedaure – darüber hinweg. Das Problem scheint nicht zu existieren. Das Publikum auch nicht? Eines aber muss zugestanden werden: die Truppe des Piccolo Teatro ist von einer erstaunlichen Kondition, besonders der Darsteller des Lear selbst, Tino Carraro, aber auch Carlo Simonis (Edmund) und Antonio Fattorini (Edgar). Was sie sprachlich und bewegungsmässig leisten, ist bis zum Schluss von einer Präzision des Ausdrucks, die höchste Bewunderung verdient. Und Strehlers Kunst bewährt sich nicht zuletzt darin, dass auch die letzten Szenen noch vor allem das Auge fesseln. Die Nüancen des Lichtes, die behutsame und konsequente Abwandlung eines optischen Themas sind faszinierend.

Ich will nicht in die Diskussion um die Interpretation des Narren eingreifen. Strehler geht davon aus, dass bei Shakespeare der Narr erscheint, wenn Cordelia verstossen ist und aus den Szenen verschwindet, und dass er nicht mehr auftritt, wenn Cordelia wieder in Lears Leben zurückkehrt. Das ist sein Ausgangspunkt. Er nennt es Intuition, wenn er darauf zu sprechen kommt, warum er den Narren von der Darstellerin der Cordelia spielen lässt. Aber wenn man analysiert, was er aus dem Einfall gemacht hat, was sich szenisch für ihn daraus ergibt, dann erkennt man sofort wieder die beharrliche Konsequenz, die sich mit Einfällen allein nicht begnügt, sondern damit arbeitet, sie auf die Probe stellt, ihre Möglichkeiten aus-

schreitet, ihre Evidenz erhärtet. Unvergesslich zum Beispiel das Bild, wie der arme alte König auf dem Laufsteg mitten in der Arena zwischen seinen beiden bösen Töchtern steht, ein Büsser zwischen zwei Furien oder Vampiren mit maskenhaften Gesichtern, brennenden Augen und schlangenhaftem Haargelock. Der Narr sitzt fast verborgen im Schatten ganz vorn an der Rampe links: Cordelia, die Verstossene im Narrenkleid, Zeugin der Szene, in der die Schwestern den Vater bedrängen.

So müsste man fortfahren und versuchen, Eindrücke aufzuheben von einem überreichen Theaterabend. Unvergesslich etwa, wie der Schauspieler Renato de Carmine die Figur des Gloster exponiert: des treuen Vasallen, dem sein eigen Fleisch noch böser und grausamer mitspielt als seinem Herrn die bösen Töchter. Gloster ist ja auch eine leicht komische Figur, mit Polonius in «Hamlet» verwandt, ein tragischer Clown. Goneril (Anna Saia) und Regan (Ivana Monti) mimen die grausame Schönheit der herrschsüchtigen und falschen Prinzessinnen. Täusche ich mich, wenn ich meine, Strehler habe sie in ihrer äusseren Erscheinung ein wenig auf das Vampirhafte hin gestaltet, einen

Trend aufnehmend, der zum kulturellen Jargon der Epoche gehört? Auch dies nämlich, meine ich, macht eine Qualität seiner Regiekunst aus, dass sie hellwach ist gegenüber den aktuellen Reizen, vor allem den optischen, dass sie sich ihnen keineswegs verschliesst, aber dass sie souverän genug ist, diese Zeichen und Schnörkel sehr genau und sehr kontrolliert einzusetzen.

Ausschöpfen lässt sich das Erlebnis dieses Abends nicht. Hier sind Massstäbe gesetzt, hier ist vor Augen gestellt, was Theater auch heute vermag. Und gar mit einem Klassiker! Die Inszenierung des «Re Lear» ist eine Nachschöpfung. Wo sie frei verfährt mit dem Werk, muss man sich fragen, ob das, was verändert wird, nicht am Ende ein sekundäres Shakespeare-Bild ist, ein Bild, das sich Generationen von Theaterleuten, Forschern und Zuschauern gemacht haben. Die Grösse und die Kraft des Genies Shakespeare erweist sich darin, dass eine Inszenierung, die wie diejenige Strehlers aus dem Geiste des Dichters heraus gestaltet ist, überraschend und neu erscheint und uns trifft mit unwiderstehlicher Kraft.

Anton Krättli